

LESERBRIEFE

Linksgrüne Verkehrspolitik in Schötz

Zuerst zu einem erfreulichen Ergebnis: zum Zweckmässigkeitsbericht (ZMB) für die Umfahrung Alberswil-Schötz. Erfreulich ist es besonders für mich und wohl auch für einen mehrheitlichen Teil der Bevölkerung der Region. Denn die über Jahre viel diskutierte Umfahrung Ost (ASO) wurde aus dem Variantenkatalog gestrichen. Beinahe zehn Jahre lang habe ich gegen dieses Monster gekämpft. Das aus Grund des enormen Verlustes an besten Fruchtfolgeflächen und den sehr hohen Kosten einer Umsetzung dieser Variante. Die Erschwerung einer Durchquerung von BLN- (Bundesinventar der Landschaften und Naturdenkmäler von nationaler Bedeutung) und ISOS-Schutzonen (Bundesinventar der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz) hat ihr endgültig das Genick gebrochen. Was aktuell noch zur Diskussion steht, sind die Varianten Westumfahrung Alberswil-Schötz über Gettnau (ASWG), Schötz West Mitte (SWM) und NULL+ durch das Dorf Schötz.

Besonders negativ sticht die Variante NULL+ ins Auge, würde mit ihr doch eine linksgrüne Verkehrspolitik

in vollen Zügen umgesetzt werden. Verkehrserschwerisse wie die Verengung der Fahrspurweite von jetzt 7.15 Meter auf 6.10 Meter zugunsten eines Radweges und zusätzlich eine 900 Meter lange Tempo-30-Zone sind geplant. Das auf einer Hauptverkehrsachse zur Erschliessung der Unternehmen Brack und Kronspan, nicht zu vergessen die touristische Erschliessung des Entlebuch. Auch eine 430 Meter lange Tempo-30-Zone durch Alberswil ist vorgesehen. Das auf einer Strasse, die nächstens für 17 Millionen Franken saniert und verbreitert wird.

Beide Tempo-30-Zonen erfüllen die Kriterien zur Einführung von Tempo 30 bei weitem nicht. Jetzt ist die zuständige Dienststelle Verkehr und Infrastruktur (VIF) gefordert, diese geplanten Verkehrseinschränkungen für den motorisierten Individualverkehr zu überdenken, denn schlussendlich muss er solche Strassenprojekte berappen. Der zunehmende Verkehr, hervorgerufen auch durch die unbegrenzte Zuwanderung, braucht keine Schikanen.

Toni Graber, alt Kantonsrat, Schötz

Schauwecker folgt auf Pardini



IG Kultur Wechsel in der Geschäftsleitung: Nach fünfeinhalb Jahren verlässt Gianluca Pardini die IG Kultur. Auf ihn folgt Rona Schauwecker, sie übernimmt per 1. Januar 2025. Gemäss Medienmitteilung war die designierte Geschäftsleiterin als Kulturmanagerin und Kommunikationsverantwortliche in diversen grösseren und kleineren Kulturinstitutionen tätig. Zuletzt verantwortete sie die Abteilung Marketing und Kommunikation am Schauspielhaus Zürich und

war Direktoriumsmitglied. Zuvor war die gebürtige Zugerin Kommunikationsverantwortliche der internationalen Promotionsagentur des Schweizer Films und hat unter anderem einige Filmfestivals organisatorisch und kuratorisch mitgeprägt – oder diese als Pressesprecherin und Vorstandsmitglied begleitet. Sie studierte Film-, Kunst- und Publizistikwissenschaften an der Universität Zürich und Kulturbetriebsführung an der ZHAW in Winterthur.

Der scheidende Gianluca Pardini habe seit seinem Antritt im Juni 2019 «das operative Geschäft mit Weitsicht geführt und die Organisation nachhaltig geprägt», schreibt die IG. Unter seiner Leitung habe sich die 1977 gegründete Interessengemeinschaft regional und national stark vernetzt und neue bedeutende branchenübergreifende Kooperationen aufgebaut. dk./pd

BRIEF

aus dem Nationalrat



Leo Müller
Nationalrat,
Mitte, Ruswil

In der Wintersession der eidgenössischen Räte ist jeweils die Beratung des Budgets ein wichtiges Traktandum. Sie ist eines der wenigen Geschäfte, die in

Budget und Wahlen

der gleichen Session von beiden Räten beraten wird; ansonsten erfolgt die Behandlung im Zweitrat jeweils erst eine Session später.

Der Nationalrat hat sich in der ersten Sessionswoche viel Zeit genommen und als Erstrat das Budget mit Abweichungen zu jenem des Bundesratsvorschlages beschlossen. Für die Mehrheit des Rates – und auch für mich – ist die Einhaltung der Schuldenbremse sehr wichtig. Mit diesem Instrument diszipliniert

sich das Parlament selber, sonst kommt das nicht gut. Wie wichtig das ist, zeigen folgende Zahlen:

In der Pandemie haben sich die westlichen Industriestaaten stark verschuldet, auch die Schweiz mit rund 30 Milliarden Franken. Unser Land befindet sich aber im internationalen Vergleich dank dem Schuldenabbau vor der Krise nach wie vor in einer guten Situation. Die Schuldenquote gemäss Maastricht-Definition beträgt in der Schweiz im Jahr 2024 rund 26.5 Prozent. Im EU-Euroraum ist sie ungläublich viel höher – 93.1 Prozent. In den wichtigsten Industrieländern Europas liegt diese Schuldenquote überall wesentlich über jener der Schweiz: In Deutschland beträgt sie 66.7 Prozent, in Frankreich 114.8 Prozent, in Italien gar 141.5 Prozent. Und wenn wir etwas weiter über die Grenzen hinausschauen, sehen wir, dass ganze Regierungen an den Diskussionen um die Staatsfinanzen scheitern können.

Unser Land tut also gut daran, weiterhin eine solide und eher konservative Finanzpolitik zu betreiben. Dies heisst: Wenn neue Aufgaben wahrzunehmen und zu finanzieren sind, müssen bei anderen Bereichen Kürzungen vorge-

Über Zukunft der Schule diskutiert

FDP LUZERN Am Sonntag diskutierte die Partei über die Zukunftsfähigkeit der Volksschule. Denkanstösse lieferte Dagmar Rösler, Präsidentin des Lehrerinnen- und Lehrerverbands Schweiz. Parteipräsident Thierry Burkart und FDP-Luzern-Präsident Ruedi Amrein sprachen über die Wichtigkeit der liberalen Werte.

Seit über einem Jahrhundert findet der Parteitag der FDP. Die Liberalen Luzern am 8. Dezember statt. Heuer zog er gemäss einer Medienmitteilung der FDP mehr als 250 Besucherinnen und Besucher in die Festhalle Sempach. Musikalisch eingeleitet wurde der Anlass durch die Brassband Bürgermusik Luzern. Nach Begrüssung, Totenehrung und Freischarenmarsch hielt Parteipräsident Ruedi Amrein (Malters) seine Rede. Dabei betonte er die Wichtigkeit, dass sich die FDP mit allen Kräften für die liberale Idee einsetzt, «gerade jetzt in dieser bewegten Zeit».

Die Megatrends der zukünftigen Schule

Im Zentrum des Parteitages stand die Bildung. Damit wollte die FDP Luzern ein Zeichen für eine zukunftsorientierte Bildungspolitik setzen, die den Lernenden und den steigenden Herausforderungen gerecht wird.

Dagmar Rösler, Präsidentin des Lehrerinnen- und Lehrerverbands Schweiz, beleuchtete in ihrem Inputreferat die vier zentralen Megatrends der Volksschule: Individualisierung, Digitalisierung, Pluralisierung und Gesundheit. Sie stellte die Themen vor und zeigt deren Auswirkungen auf die Schulen auf. Gleichzeitig betonte sie die Bedeutung einer integrativen und zukunftsorientierten Bildungspolitik, die sowohl auf die Förderung individueller Potenziale als auch auf gesellschaftliche Integration abzielt. Mit klaren Strategien und gezielten Reformen wolle sich die Volksschule auf die Megatrends ausrichten und dem Fachkräftemangel entgegenwirken, erläuterte Dagmar Rösler. «Es braucht einen Bauplan, an dem alle arbeiten», betonte Rösler.

Podiumsdiskussion mit Willisauer Beteiligung

Im zweiten Teil des Parteitages diskutierten Ramona Gut (Kantonsrätin und Gemeindepräsidentin Emmen),



An der Podiumsdiskussion (von links): Ramona Gut, Dagmar Rösler, die Willisauerin Esther Hurschler und Moderatorin Karin Bührer. Foto zvg

Dagmar Rösler und Esther Hurschler (Mitglied der Bildungscommission, Willisau) über den Zustand an Schulen. Als zentrale Herausforderung hoben sie den Ressourcenmangel hervor, insbesondere an Personal und Schulräumen. Ramona Gut forderte flexiblere Strukturen und mehr Kompetenzen für die Gemeinden, um den steigenden Ansprüchen gerecht zu werden.

«Wer übernimmt die Verantwortung, wenn die Ansprüche von allen Seiten immer grösser werden?», fragte Moderatorin Karin Bührer. Esther Hurschler plädierte für eine stärkere Zusammenarbeit zwischen Eltern und Schule, die Verantwortung müsse zwischen beiden geteilt werden. Dagmar Rösler ergänzte: «30 Jahre lang haben wir der Schule vieles zugeschoben – zum Beispiel Velofahren lernen, richtiges Zähneputzen und einiges mehr.» Nun sei es an der Zeit, «dass wir den Eltern wieder Verantwortung übergeben», so Rösler.

Fazit: Eine Schule für die Mehrheit

Alle Podiumsteilnehmerinnen waren sich einig: Der Kanton Luzern ist grundsätzlich auf einem guten Weg. Doch um den wachsenden Herausforderungen gerecht zu werden, sind Anpassungen notwendig. Die Diversität der Schülerinnen und Schüler wächst stetig, in den Gemeinden herrschen diesbezüglich grosse Unterschiede. «Wir brauchen eine Schule für die Mehrheit», forderte Ramona Gut. «Integration kann nur erfolgen, wenn eine Minderheit auf eine Mehrheit trifft.» Doch dies sei nicht in allen Gemeinden der Fall. «Das ist die grosse Herausforderung, die wir meistern müssen.» pd/wb

Ruedi Amrein: «Vertrauen in die Eigenverantwortung»

In seinem Eingangsreferat sagte der Luzerner Parteipräsident Ruedi Amrein, die FDP setze auf Themen, die Menschen unmittelbar betreffen: sichere Arbeitsplätze, faire Abgaben und die Förderung von Bildung. «Gleichzeitig sollen emotionalere und soziale Anliegen, wie die Unterstützung von Familien und familienfreundliche Lösungen, stärker ins Zentrum rücken.» Das neue Präsidium setze den Fokus auf eine generationenübergreifende Zusammenarbeit. Mit «innovativen Ideen und lokalem Engagement» wolle die Partei ihre Basis stärken und weiterhin für eine zukunftsorientierte Entwicklung des Kantons Luzern sorgen.

Thierry Burkart: Der Kampf um die liberalen Werte

Der Schweizer Parteipräsident Thierry Burkart erinnerte in seiner Rede an den Freischarenmarsch von 1844, der als Kampf für die liberalen Werte stehe. «Diese Werte sind unverändert relevant.» Auch heute noch gelte es, sie zu verteidigen. Die Bürgerinnen und Bürger müssten ins Zentrum gestellt und geschützt werden. «Die FDP ist die einzige Partei, die das noch tut.» Der Schutz der Bevölkerung vor staatlichen Einschränkungen sei in der Bundesverfassung geregelt. Aus diesem Grund kämpfe die FDP gegen neue Steuern, gegen weitere Abgaben und für eine freiheitliche Politik. «Frag dich zuerst, was du für dich selbst tun kannst», appellierte Burkart an das Publikum und ergänzte: «Eigenverantwortung: Dieser Begriff ist so aktuell wie schon lange nicht mehr.» pd/wb

nommen werden. Oder aber: Es sind Mehreinnahmen zu beschaffen.

Das Hauptaugenmerk ist vor allem auf jene Ausgaben zu richten, die in den letzten Jahren markant gestiegen sind. So sind beispielsweise seit dem Jahr 2000 die Ausgaben für die soziale Wohlfahrt um 123 Prozent gewachsen; sie haben sich also mehr als verdoppelt. Ebenfalls stark zugenommen haben in diesem Zeitraum die Ausgaben für Migration (plus 79 Prozent), für die Beziehungen zum Ausland (plus 86 Prozent), aber auch für den öffentlichen Verkehr (plus 119 Prozent). Am stärksten gestiegen sind die Ausgaben für Bildung und Forschung (plus 126 Prozent).

Der Nationalrat hat nun beschlossen, der Armee 530 Millionen Franken mehr zur Verfügung zu stellen als der Bundesrat vorgeschlagen hat. Dafür sollen bei der internationalen Entwicklungszusammenarbeit über 200 Millionen Franken sowie beim Personal und bei den externen Dienstleistungen zusammen rund 100 Millionen Franken sowie weitere Positionen gekürzt werden. Gemäss Beschluss des Nationalrates resultiert somit ein Budgetdefizit von 830 Millionen Franken. Aufgrund des Konjunkturfaktors, der bei der Berech-

nung der Schuldenbremse angewendet werden kann, ist diese eingehalten.

In der zweiten Sessionswoche wird sich der Ständerat über das Budget beugen. Es ist zu hoffen, dass er ebenfalls diszipliniert daran arbeitet.

Ebenso sind in der Wintersession jeweils die Ratspräsidien neu zu besetzen. So werden am ersten Sessionstag ein neuer Ständeratspräsident oder eine -präsidentin sowie ein neues Nationalratspräsidium gewählt. Üblich ist im eidgenössischen Parlament, dass unmittelbar nach der Neuwahl die neue Präsidentin oder der neue Präsident den Vorsitz übernimmt und nicht erst ab dem Neujahr. Beim Bundesrat ist das anders: Dort wird das neue Präsidium am Mittwoch der zweiten Sessionswoche bestimmt und der Amtsantritt ist dann der folgende 1. Januar.

Ein Geschäft, das in der Wintersession zum Abschluss kommen wird, ist der Eigenmietwert. Der Ständerat wird es am Donnerstag dieser Woche ein weiteres Mal beraten. Danach erfolgt die Differenzbereinigung zwischen den beiden Räten und am letzten Sessionstag die Schlussabstimmung. Für diese Vorlage ist eine Volksabstimmung erforder-

lich, da eine neue Verfassungsnorm geschaffen wird. Ob dieses Geschäft die Volksabstimmung übersteht, wird sich zeigen. Der Nationalrat hat in der Herbstsession in Berücksichtigung der Interessen der linken Parteien sowie der Mieterinnen und Mieter eine neue Version des Schuldzinsabzuges beschlossen. Damals hat der Mieterinnen- und Mieterverband empfohlen, diesem Geschäft so zuzustimmen. Bloss drei Monate später hat derselbe Verband die Meinung um 180 Grad gewendet und empfiehlt nun die Ablehnung. Es ist bedenklich, dass ein nationaler Verband, der für sich eine hohe Kompetenz in Anspruch nimmt, so «wendehalsig» unterwegs ist. Der Abstimmungssonntag vom 24. November 2024 hat gezeigt, dass das Volk Vorlagen des Parlaments anders beurteilt als die vom (gleichen) Volk gewählten Parlamentsmitglieder. Insbesondere passiert das dann, wenn Parteien oder Organisationen so schnell die Meinung ändern wie das der Mieterinnen- und Mieterverband beim Eigenmietwert getan hat.

Liebe Leserinnen und Leser, gerne wünsche ich Ihnen eine besinnliche Adventszeit und – wenn es so weit ist – frohe, glückliche und erholsame Weihnachtstage.